



Abschied

28.2.2024 – Die Abgeordneten des Landtags haben Abschied von ihrer verstorbenen Kollegin Dr. Nadja Büteführ genommen. Vor Beginn der Plenarsitzung gedachten sie der SPD-Politikerin mit einer Schweigeminute. Auf ihrem Sitzplatz lag ein Blumenbouquet. Die Abgeordnete für Witten und Herdecke war am 29. Januar 2024 im Alter von 57 Jahren gestorben. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte Büteführ als „engagierte Demokratin sowie geschätzte Kollegin und Weggefährtin“. Die Nachricht von ihrem Tod habe alle im Landtag sehr tief getroffen. Die Rechte von Kindern, jungen Menschen und Familien hätten ihr besonders am Herzen gelegen. Ihr politisches Selbstverständnis sei geprägt gewesen von „spürbarem Pragmatismus“. Sie habe größten Wert auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit über unterschiedliche Positionen und Fraktionsgrenzen hinweg gelegt. Für sie habe stets der Erfolg in der Sache zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle gestanden. Die Kommunikationswissenschaftlerin gehörte dem Landtag seit Juni 2017 an. Zuletzt war sie u. a. Vorsitzende der Kinderschutzkommission und Mitglied im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie im Sportausschuss.



Häusliche Gewalt

28.2.2024 – Die SPD-Fraktion möchte mit einem Antrag ([18/8125](#)) „häuslicher Gewalt wirkungsvoll begegnen – Schutzmaßnahmen für Betroffene ausbauen und verbessern“. Körperliche und seelische Gewalt im häuslichen Umfeld werde längst nicht immer angezeigt. Trotzdem habe die Polizei im Jahr 2022 insge-

samt rund 27 Prozent mehr Fälle von häuslicher Gewalt vor allem gegen Frauen, aber auch gegen Männer und Kinder gezählt als noch 2018. Als Konsequenzen fordert die Fraktion von der Landesregierung u. a. auskömmlich finanzierte Frauenhäuser mit genügend Plätzen, mehr Hilfsangebote und Schutzeinrichtungen für Kinder und für Männer sowie einen besseren Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe. Polizei und Justiz seien zu sensibilisieren und besser fortzubilden. Zudem solle die Schwelle für Wohnungsverweise durch die Polizei sinken. Daten einer gefährdeten Person sollen nach Vorstellung der SPD ohne deren Einwilligung an eine geeignete Beratungsstelle übermittelt werden dürfen. Der Landtag hat den Antrag sowie einen Entschließungsantrag von CDU und Grünen ([18/8210](#)) an den Innenausschuss (federführend) zur weiteren Beratung überwiesen.

Klimaneutraler Zement

28.2.2024 – Die regierungstragenden Fraktionen haben einen Antrag ([18/7786](#)) zu klimaneutralem Zement vorgelegt. Die globale Zementindustrie Sorge mit jährlich 2,8 Milliarden Tonnen CO₂ für rund 7 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen, heißt es im Antrag von CDU und Grünen. In Nordrhein-Westfalen gebe es elf Standorte der Zementproduktion, vor allem im Münsterland und in Ostwestfalen. Sie seien für rund 5 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr verantwortlich. Es handle sich im Wesentlichen um „unvermeidbare Prozessemissionen, die auf die chemischen Reaktionen beim Herstellungsprozess des Zementklinkers zurückgehen“. Das CO₂ sei im Stein gespeichert und werde durch Zerkleinerung und Mahlen freigesetzt. Um es nicht in die Atmosphäre entweichen zu lassen, stünden verschiedene Technologien zur Verfügung. Dabei werde das CO₂ während der Produktion aufgefangen und gespeichert, meist durch Verpressung in unterirdische Gesteinsschichten. Die Landesregierung solle sich u. a. auf Bundes-

ebene „für wettbewerbsfähige und den Klimaschutz anreizende Rahmenbedingungen für die Zementindustrie“ einsetzen, den Aufbau einer europäischen Speicherinfrastruktur unterstützen und die nordrhein-westfälische „Carbon Management Strategie“ weiterentwickeln. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen angenommen. Die AfD stimmte dagegen, die FDP enthielt sich.

Europawahl 2024

28.2.2024 – Anfang Juni sind die europäischen Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, das Europäische Parlament zu wählen. In Deutschland findet die Wahl am 9. Juni 2024 statt. Erstmals dürfen Jugendliche ab 16 Jahren teilnehmen. Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, über die Landeszentrale für politische Bildung verstärkt in den sozialen Medien über die Europawahl zu informieren. Ein entsprechender Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/8107](#), Neudruck) wurde bei Nein-Stimmen der AfD angenommen. Die Landeszentrale solle auch auf Akteurinnen und Akteure zugehen, die bereit seien, über ihre bereits bestehende Reichweite für demokratische Inhalte und für die Teilnahme an der Europawahl zu werben, heißt es im Antrag weiter. Damit könne sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, insbesondere Erstwählerinnen und Erstwähler über ihr Wahlrecht zu informieren. Und weiter: „In einer Zeit, in der viele, vor allem junge Menschen, sich immer stärker über soziale Medien informieren, bekommt die Arbeit der politischen Bildung auf den unterschiedlichen Plattformen eine größere Bedeutung.“

Bezahlkarte

28.2.2024 – Die FDP-Fraktion hat sich dafür ausgesprochen, die Bezahlkarte für Asylleistungen in Nordrhein-Westfalen flächendeckend einzuführen. Ende Januar 2024 hatten sich 14 der 16 Bundesländer – auch Nordrhein-Westfalen – auf ein länderübergreifendes Ver-



fahren zur Einführung einer Bezahlkarte für die Auszahlung staatlicher Leistungen für Asylbewerberinnen und -bewerber verständigt. „Der Einsatz von guthabenbasierten Bezahlkarten mit zentraler Aufladung stellt eine unbürokratische Alternative zur Auszahlung von Leistungen als Bargeld dar“, heißt es im FDP-Antrag (18/8116). Ein wesentliches Ziel der Bezahlkarte sei auch, „Fehlansätze der Bargeldauszahlung für irreguläre Migration zu reduzieren wie z. B. Zahlungen an Schlepper“. Die Landesregierung plane laut einem Medienbericht allerdings, dass Kommunen selbst über die Einführung entscheiden könnten. Es drohe ein „Flickenteppich“, kritisiert die Fraktion. Die Landesregierung solle „auf eine landesweite und flächendeckende Einführung“ hinwirken und Städte und Gemeinden dabei „strukturell und finanziell“ unterstützen. Der Antrag wurde mit den Stim-

men aller anderen Fraktionen abgelehnt. Auch ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion wurde abgelehnt.

Frauenhass im Internet

28.2.2024 – Das Internet und insbesondere die sozialen Medien böten einen fruchtbaren Nährboden für Sexismus und Frauenhass, heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion (18/8128). Sie beschreibt darin eine „maskulinistische Szene aus verschiedenen Subkulturen“. Teils bestehe eine „ideologische Nähe zu rechtsextremen, antisemitischen und verschwörungstheoretischen Milieus mit latenter Gewaltbereitschaft“. Internet und soziale Medien hätten einen hohen Einfluss auf die Meinungsbildung von Heranwachsenden. Frauenfeindliche Inhalte im Netz stellten somit eine Gefahr dar – nicht

nur für Frauen und Mädchen, sondern auch für Gesellschaft und Demokratie: Jugendschutz, Gleichberechtigung und der Schutz vor Diskriminierung hätten eine große Bedeutung. Die SPD fordert u. a. Maßnahmen zur Bekämpfung von Frauenhass im Netz, eine Meldestelle sowie einen entsprechenden Fokus im Cyber-Recherche- und Fahndungszentrum des Landeskriminalamts. Es gelte, Lehrkräfte fortzubilden und Jugendliche in der Schule zu sensibilisieren. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (federführend) überwiesen.

Große Anfrage

29.2.2024 – Der Landtag hat über eine Große Anfrage der AfD-Fraktion („Antisemitismus im Nachgang des terroristischen Angriffs der Hamas auf Israel in NRW – Welche Er-

Verpflichtung

Sandy Meinhardt ist neue Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen. Präsident André Kuper verpflichtete die SPD-Politikerin am 29. Februar 2024. Die 42-Jährige aus Dorsten war Anfang Februar über die Landesliste für die verstorbene Abgeordnete Dr. Nadja Büteföhr aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis ins Parlament nachgerückt. Foto: Schälte





kenntnisse liegen der Landesregierung vor?“ ([18/6697](#)) und die Antwort der Landesregierung ([18/8025](#)) debattiert. Die Fraktion schrieb von Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen „mit einem klar Israel-feindlichen Schwerpunkt“. Dabei seien „zum Teil nicht nur die bestialischen Taten der Hamas gegen die Zivilbevölkerung verharmlost“, sondern „auch vermehrt Israel als Staat abgelehnt“ worden. Die Fraktion stellte insgesamt 61 Einzelfragen – u. a. nach Erkenntnissen der Landesregierung über Teilnehmer und Organisatoren der Demonstrationen. Für die Landesregierung hatte der Minister des Innern die Große Anfrage beantwortet – im Einvernehmen mit der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration, dem Minister der Justiz und dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei.

Gütertransport

20.3.2024 – Die Fraktionen von CDU und Grünen schlagen vor, mehr Großraum- und Schwerlasttransporte auf die Schiene zu verlagern. Schwere Fahrzeuge beanspruchten Straßen und Brücken überdurchschnittlich und verursachten Schäden, heißt es in einem Antrag der Fraktionen ([18/8429](#)). Zur Umsetzung der „Windenergie-an-Land-Strategie“ des Bundeswirtschaftsministeriums würden bis zu 30.000 Großraum- und Schwertransporte pro Jahr erwartet, um Einzelteile von Windkraftanlagen zu transportieren. Binnenschiffe und Eisenbahnwaggons seien für schwere, großvolumige Gütertransporte eher geeignet. Die Landesregierung solle u. a. prüfen, wie auf diese Weise mehr Güter befördert werden könnten. Sie solle sich beim Bund zudem für eine Förderung der Infrastrukturen in Häfen und Güterbahnhöfen einsetzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. Dagegen stimmten FDP und AfD. Die SPD enthielt sich. Ein Entschließungsantrag der FDP ([18/8545](#)) wurde angelehnt.

Klima und Gesundheit

20.3.2024 – Die Große Anfrage „Klimagesundheit in NRW: Wie gut sind wir für die kommenden Jahrzehnte vorbereitet?“ ([18/5664](#)) der SPD-Fraktion sowie die Antwort der Landesregierung ([18/7987](#)) waren Thema im Plenum. In Zukunft würden Klimateinflüsse und die damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungen noch größeren Einfluss auf die Gesundheit von Menschen nehmen, heißt es in der Anfrage der SPD. Sie beinhaltet 203 Fragen zu Themenkomplexen wie „Gesundheitswesen, -Prävention und Pflege“ sowie „Familie, Kinder und Jugend“. Die Landesregierung schreibt in ihrer 134-seitigen Antwort u. a.: „Die Auswirkungen des Klimawandels werden mit zunehmender Intensität auch immer mehr zu einem Risikofaktor für die menschliche Gesundheit.“ Die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung an seine Folgen seien zu einer „Schlüsselfrage für ein gesundes Leben im 21. Jahrhundert geworden“.

Schulen und Bundeswehr

20.3.2024 – Besuche der Bundeswehr in nordrhein-westfälischen Schulen waren Thema einer Großen Anfrage ([18/4684](#)) der AfD-Fraktion. Die Streitkräfte litten unter Nachwuchsmangel, so die Fraktion. Zugleich scheinete das Interesse an der Bundeswehr in Schulen wieder gestiegen zu sein. Die AfD hatte insgesamt 282 Fragen an die Landesregierung gerichtet. Dabei ging es u. a. um die Zahl der Jugendlichen, die vom Personal der Bundeswehr-Karriereberatung in Schulen erreicht werde. Weitere Fragen betrafen die Zusammenarbeit der Truppe mit den Schulen. Die Landesregierung sowie die Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen begrüßten die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, heißt es in der Antwort der Landesregierung ([18/7154](#)). Der Kontakt sei gut. Einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit strebe die Landesregierung daher derzeit nicht an. Zudem könnten sich Schulen auch selbstständig mit der Bundes-

wehr austauschen. Verbunden war die Debatte mit einem Antrag ([18/8428](#)) der AfD-Fraktion: Die Landesregierung solle Schulen beauftragen, „sich aktiv und verpflichtend für einen Dialog zwischen Jugendoffizieren und Schülern der Jahrgangsstufen 9 bis 13 einzusetzen“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt.

Sinti und Roma

21.3.2024 – Die Zusammenarbeit des Landes mit dem Landesverband deutscher Sinti und Roma Nordrhein-Westfalen soll gestärkt werden. Der Landtag verabschiedete dazu gegen die Stimmen der AfD-Fraktion einen Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/8425](#), Neudruck). In dem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, eine entsprechende Rahmenvereinbarung auf den Weg zu bringen. Die Fraktionen fordern eine nachhaltige Strategie, um Herausforderungen wie der Sicherstellung von Bildungschancen, dem Schutz vor Antiziganismus und der Achtung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität der nationalen Minderheit zu begegnen. Sie erinnern daran, dass Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma seit mehr als 600 Jahren in Deutschland lebten und die Kultur und Gesellschaft geprägt hätten. Ihre Geschichte sei aber über Jahrhunderte von Ausgrenzung, Diskriminierung und Vertreibung durch die Mehrheitsgesellschaft geprägt gewesen. „Unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gipfelte dieser im Porajmos, dem Völkermord an schätzungsweise 500.000 Sinti und Roma“, heißt es im Antrag weiter.

Meisterfortbildung

21.3.2024 – Meisterfortbildungen im Handwerk sollten in Nordrhein-Westfalen für Kandidatinnen und Kandidaten künftig kostenlos sein. Dies fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag ([18/8426](#)). In den vergangenen 20 Jahren hätten im Land immer weniger junge Handwerkerin-



nen und Handwerker einen Meisterabschluss gemacht, heißt es im Antrag. „Viele Betriebsinhaber wollen ihre Meisterbetriebe in jüngere Hände geben, doch sie finden nur sehr schwer Nachfolger“, schreibt die Fraktion. Die im Juli 2023 in Nordrhein-Westfalen eingeführte Meisterprämie sei ein „Schritt in die richtige Richtung“ gewesen. Sie müsse aber weiterentwickelt werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

Petitionsausschuss

21.3.2024 – Rund 4.300 Menschen haben sich im vergangenen Jahr an den Petitionsausschuss des Landtags mit der Bitte um Hilfe gewandt. Dies sei ein leichter Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren gewesen, teilte Thomas Schnelle (CDU), der stellvertretende Vorsitzende, im Plenum mit. Insgesamt habe der Ausschuss über 5.200 Eingaben beraten. Schwerpunkte seien die Themen Bauen, Wohnen und Verkehr sowie das Sozialrecht gewesen. Petitionen mit Bezug zur Corona-Pandemie hätten kaum noch eine Rolle gespielt. Schnelle stellte einige Fälle aus der Arbeit des Ausschusses vor. Er berichtete u. a. von den Problemen einer Frau mit Sehbehinderung. Nachdem sie eine neue Arbeitsstelle angetreten hatte, konnte sie den Fußweg von der Wohnung zum Arbeitsplatz nicht mehr gefahrlos bewältigen – es fehlte eine blindengerechte Ampel mit Warntönen. Der Ausschuss konnte helfen, eine neue Ampel wurde installiert.

Regeln für Streik

21.3.2024 – Die FDP-Fraktion thematisiert in einem Antrag (18/8435) die Auswirkungen von Streiks auf die Öffentlichkeit. Bei Streiks in der kritischen Infrastruktur wie dem Transport- und Verkehrsgewerbe, der Telekommunikation, Energieversorgung, Abfallentsorgung, dem Lebensmittelhandel, Gesundheitswesen und Finanzwesen seien neben dem Arbeitgeber vor allem auch Dritte betroffen. „Tarifautono-

mie und Koalitionsfreiheit sind verfassungsrechtlich geschützte Grundrechte“, betont die Fraktion. Dennoch gelte der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die Landesregierung solle daher eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, um Regelungen zur Verhältnismäßigkeit von Streiks in der kritischen Infrastruktur zu treffen: Streiks müssten laut FDP mindestens 48 Stunden zuvor angekündigt werden. Eine Grundversorgung, z. B. bei Verkehrsunternehmen von mindestens einem Viertel des regulären Angebots, müsse sichergestellt sein. Nur nach einem gescheiterten Schlichtungsversuch dürften umfassende und unbefristete Streiks erfolgen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

Enquetekommission Wasser

22.3.2024 – Der Landtag hat auf Antrag der Grünen-Fraktion die Einrichtung einer Enquetekommission „Wasser in Zeiten der Klimakrise“ beschlossen. Die EK Wasser, so die Kurzform, soll laut Antrag (18/8423) drei Themenbereiche behandeln: die klimatischen Veränderungen in NRW und ihre Auswirkungen auf das Wasser, spezifische Betrachtungen der qualitativen und quantitativen Wasserverfügbarkeit sowie den gesellschaftlichen Umgang mit einer sich verändernden Wasserverfügbarkeit und -qualität. Die globale Klimakrise und ihre Auswirkungen zeigten sich bereits heute auch in Nordrhein-Westfalen, betont die Grünen-Fraktion. Phänomene wie Hitzewellen und Dürren, Starkregen und Hochwasser würden mit voranschreitender Erderwärmung weiter zunehmen. Die EK Wasser ist mittlerweile die dritte Enquetekommission des Landtags in dieser Legislaturperiode. Diese Gremien dienen der Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe. Ihnen gehören in der Regel neben Abgeordneten auch externe Sachverständige an. Die Enquetekommissionen legen dem Landtag Berichte und Empfehlungen spätestens bis zum Ende der Wahlperiode vor.

Aktuelle Stunde „Pflege“

22.3.2024 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über das Thema „Pflege“ debattiert. Der Aussprache lagen Anträge der Fraktionen von CDU und Grünen (18/8526) sowie der SPD-Fraktion (18/8527) zugrunde. Die regierungstragenden Fraktionen hoben hervor, dass im vergangenen Jahr 4,5 Prozent mehr Menschen eine Ausbildung zur Pflegefachkraft begonnen hätten als im Jahr zuvor. Dies sei ein „positives Zeichen“. Die SPD-Fraktion wies auf eine gestiegene Zahl von Pflegegrad-Anträgen hin. „Soziale Not“ treibe Menschen in die Pflege.

Britta Oellers (CDU) wies auf die großen Herausforderungen in der Pflegebranche hin. Die Anstrengungen der Landesregierung, dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, zeigten jedoch „große Erfolge“.

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) sagte, dass es mit der Pflege aufwärts gehe. Er sprach von einem „hervorragenden Signal“ für den Berufsstand. Bei der Pflegeausbildung sei NRW die Nummer eins unter den Flächenländern.

Thorsten Klute (SPD) kritisierte, die Regierung feiere sich wie ein Weltmeister, erreiche aber nicht einmal Mittelmaß. Es gebe immer mehr Pflegebedürftige, um die sich Pflegedienste nicht mehr kümmern könnten.

Susanne Schneider (FDP) wies darauf hin, dass die Zahl der Auszubildenden trotz der leichten Steigerung im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 gesunken sei. Die Arbeitsbedingungen müssten verbessert werden.

AfD-Fraktionschef **Dr. Martin Vincentz** sagte, dass mehr als 9.000 Stellen in NRW offen seien. Viele Fachkräfte verließen die Pflege wieder wegen der Arbeitsbedingungen. Es reichten keine „kleinen Pflaster“.

Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) betonte, 10 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger entschieden sich für eine Pflegeausbildung. Dies zeige, was für tolle junge Leute das Land habe. Und dass politisch viel getan worden sei, um den Beruf attraktiver zu machen.